



„Mehr politisches Gewicht“

Als Vize-Vorsitzende der Bologna Follow-Up Group (bis 07/18) hat sich die Französin Marie-Odile Ott dafür eingesetzt, dass die Anliegen der EHEA-Mitglieder politisch nachhaltig und praxisorientiert in die Pariser Erklärung eingingen (s. Link unten).

duz Welche Rolle spielt der Bologna-Prozess für Sie?

Ott Mit der Bologna-Erklärung von 1999 ist der Europäische Hochschulraum (European Higher Education Area EHEA) als Ergebnis des politischen Willens von 48 Staaten entstanden. Er basiert auf freiwilligen, nicht bindenden Vereinbarungen jenseits des EU-Rahmens. Heute besteht die Herausforderung darin, die grundsätzliche staatliche Zuständigkeit für das Hochschulwesen zu erhalten und zugleich für ein größeres gegenseitiges Verständnis zwischen den europäischen Völkern sowie eine gemeinsame Politik für mehr Freiheit, Autonomie und öffentliche Verantwortung zu sorgen. Ich habe gelernt, wie wichtig es ist, einen gut funktionierenden Dialog zwischen den EHEA-Mitgliedern zu führen und zu erhalten, um gemeinsam die vereinbarten Ziele des Bologna-Prozesses zu erreichen. Durch diesen Prozess passen die Staaten kontinuierlich ihr Hochschulwesen aneinander an und stärken dabei ihre Qualitätsstandards und ihre gemeinsamen Werte.

duz Was hat Sie besonders gefordert?

Ott Mein Ziel und zugleich meine größte Herausforderung bestand darin, dass die wichtigsten Botschaften, auf die sich die EHEA-Mitglieder

geeinigt hatten, auch wirklich in die Pariser Erklärung aufgenommen und politisch stichhaltig verankert werden, zugleich aber auch die Anwendbarkeit in der Praxis sicherzustellen. Dabei erhöhte die bevorstehende 3. Dekade des Bologna-Prozesses in 2020 die Erwartungshaltung aller Beteiligten. Die Pariser Erklärung und der Erfolg der Konferenz der europäischen Bildungsminister in Paris in diesem Sommer gaben dem Bologna-Prozess mehr politisches Gewicht, und sie haben der Idee der Annäherung und Kompatibilität innerhalb der EHEA neuen Schub verliehen.

duz Welche Schritte sind jetzt nötig?

Ott Die Organisationsverfahren des Bologna-Prozesses sollten überdacht werden, zugleich die demokratische Stärke des Systems erhalten bleiben. Jetzt ist es wichtig, den politischen Willen für einen gemeinsamen Ausbau und die Stärkung des EHEA zu erhalten und voranzutreiben, um in einem vielgestaltigen Europa vereint zu sein. In der Pariser Erklärung haben wir uns auf ein gemeinsames Vorgehen beim Qualifikationsprozess und in der Qualitätssicherung geeinigt sowie einen Schwerpunkt auf innovative Lehr- und Lernsysteme im digitalen Zeitalter gelegt.

Interview: Dr. Angela Lindner

Marie-Odile Ott

arbeitet bei der Evaluationsbehörde IGAENR des französischen Ministeriums für Bildung und Forschung. www.ehea.info/cid101765/ministerial-conference-paris-2018.html

Orbán greift weiter durch

BUDAPEST Die Central European University (CEU) plant ihren (Teil-)Umzug nach Wien. Master- und Doktorandenprogramme sollen dort 2019/20 angeboten werden. Der Umzug wird nötig durch das geänderte Hochschulgesetz. Demnach dürfen die US-akkreditierten Studiengänge der CEU nicht mehr in Budapest gelehrt werden, wenn die Regierung Orbáns nicht bis Jahresfrist ein bilaterales Abkommen mit dem US-Bundesstaat New York unterzeichnet, in dem die CEU registriert ist (duz MAGAZIN 05/2018, S. 10). Kurz vor dieser Entscheidung Ende Oktober wurden Vorträge aus dem Programm der Ungarischen Akademie der Wissenschaften gestrichen. Associate Professor Balázs Vedres, Ph.D., sollte als Direktor des Zentrums für Netzwerkwissenschaft an der CEU einen Vortrag über Geschlechterunterschiede in der Entwicklung von Open-Source-Software halten. Die Absage wurde mit „politischen Bezügen“ begründet. Ministerpräsident Viktor Orbán hatte Mitte Oktober einen Erlass zur Abschaffung der Gender Studies unterzeichnet (duz MAGAZIN 10/2018, S. 26).

In 31 Fällen spricht Harvard von Betrug

BOSTON Der Stammzellforscher Dr. Piero Anversa hat mutmaßlich gefälschte oder erfundene Daten publiziert. Mitte Oktober ist auf dem Blog „Retraction Watch“ zu lesen, die Harvard Medical School und das Brigham and Women's Hospital empfehlen, 31 Studien zurückzuziehen. 2014 verklagte der Mediziner das Lehrkrankenhaus wegen Rufschädigung; Untersuchungen auf wissenschaftliches Fehlverhalten führten zu einer zurückgezogenen Publikation und acht Korrekturen. Die Klage lief auf einen Vergleich hinaus, meldete „Retraction Watch“ 2017.